

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1755

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Nord e. V.

Zu: Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen
Menschen gewährleisten
der Fraktion von SSW und SPD – Drucksache 20/781

Zu: Kinderarmut wirksam bekämpfen
der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 20/875

An den
Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Katja Rathje-Hoffmann, Vorsitzende des Sozialausschusses
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Sozialverband VdK Nord e. V.
Landesverbandsgeschäftsstelle
Hasseldieksdammer Weg 10
24116 Kiel

Telefon: 0431 69023168
Telefax: 0431 69023169
E-Mail: nord@vdk.de

Kiel, 07.07.2023

Der Sozialverband VdK Nord e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme einbringen zu können. Als Teil des größten Sozialverbands Deutschland mit 2,2 Millionen Mitgliedern vertritt der VdK Nord die Mitgliederinteressen in Schleswig-Holstein. Die Sozialrechtsberatung und das soziale Engagement im Ehrenamt zeichnen den Verband aus. Zudem werden die sozialpolitischen Interessen der Mitglieder, insbesondere der Rentner, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie Pflegebedürftigen und deren Angehörigen vertreten. Als gemeinnütziger Verband finanzieren wir uns allein durch Mitgliedsbeiträge und sind parteipolitisch und konfessionell neutral.

Zu den genannten Anträgen

Bewertung des Sozialverbands VdK Nord

Positiv nehmen wir wahr, dass nun alle Landtagsfraktionen für eine Kindergrundsicherung sind. Die Reform der unterschiedlichen Familienleistungen ist auch überfällig. Vermögende Eltern werden durch staatliche Leistungen wie den Steuerfreibetrag für Kinder subventioniert, armen Eltern fehlt jeder finanzielle Spielraum, um die Teilhabe ihrer Kinder zu ermöglichen. Zumal sie gar nicht alle Leistungen beantragen können, die ihnen zustehen. Das zerstört nicht nur hoffnungsvolle Lebensläufe. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es eine Talentverschwendung, die wir uns angesichts der demografischen Entwicklung nicht leisten können. Wenn die wichtigsten Leistungen für Kinder in der Kindergrundsicherung zusammengefasst werden, wenn die ärmsten Kinder die meiste Unterstützung erhalten, dann wäre das eine echte Investition in die Zukunft, die sich auszahlt.

Da der VdK Sprecher des Bündnisses zur Kindergrundsicherung ist, verweisen wir auf das Konzept: https://kinderarmut-hat-folgen.de/wp-content/uploads/2023/04/Konzept-Kindergrundsicherung_04_2023_web.pdf

Flankierend bedarf es weiterer Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene, denn der familiäre Hintergrund eines Kindes hängt mit seinen Bildungschancen zusammen. In den Anträgen werden dazu Vorschläge unterbreitet, die wir grundsätzlich begrüßen. Gleichzeitig mahnen wir an, Maßnahmen voranzutreiben bzw. zu unterstützen, die nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, sondern gezielt Haushalte mit geringem Einkommen entlasten.

Förderungswürdig sind aus unserer Sicht der Ausbau bedarfsgerechter Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und Grundschulen. Dass der soziale Wohnungsbau wieder in Gang kommt, damit es in Schleswig-Holstein genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Aber auch Unterstützung von Kindern in schwierigen Lebenslagen mit einem kostenlosen gesunden Frühstück und Mittagessen, mit kostenloser Teilhabe an Klassenfahrten und in Sportvereinen, um die zunehmenden motorischen Defizite zu stoppen.

Zugleich gehört das Thema Armut und Inklusion in die Aus- und Fortbildung der Fachkräfte in den Kindertagesstätten und Schulen. Hierbei ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass sie ein Gespür dafür bekommen, dass Kinder mit psychischen Belastungen oder Störungen angepasste Rahmenbedingungen brauchen. Uns erreichen beispielsweise immer wieder Meldungen von Mitgliedern, dass Fachkräfte weder Lösungsansätze noch Nachteilsausgleiche für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung kennen. Wichtig wäre hier der Ausbau des Landesförderzentrums Autistisches Verhalten – auch zur Unterstützung an den Privatschulen, die bislang in der sonderpädagogischen Unterstützung nicht berücksichtigt werden.

Die Durchführung von Kinderarmutskonferenzen begrüßen wir; warum diese allerdings erst in 2024 starten sollen, erschließt sich uns nicht.